

40 Jahre Bundessozialhilfegesetz - zugegebenermaßen nicht unbedingt ein Geburtstag, der zu rauschenden Feiern einlädt, zu Streichquartett, Käsehäppchen, Sekt und Kanzlerworten. Aber dennoch: Stolz darf man sein.

Jeder, der sich in Not befindet, und sich aus eigener Kraft nicht helfen kann, hat ein verbürgtes Anrecht auf Hilfe - ganz unabhängig davon, wie er in Not geriet, unabhängig sogar davon wie sich die Schuldfrage im Einzelfall stellen mag. Erstmals bekam vor 40 Jahren eine jede Person einen Rechtsanspruch auf eine Hilfe, die es ihr nicht nur ermöglichen sollte zu überleben, sondern an dieser Gesellschaft tatsächlich teilzuhaben. Im Bundessozialhilfegesetz trafen in sozialpolitisch einzigartiger Weise Rechtsstaatlichkeit und wirkliche Solidarität zusammen, die nicht nach eingezahlten Beiträgen fragt, sondern danach, was ein Mensch in Not braucht. Barmherzigkeit statt Leistungsgerechtigkeit! Zielorientierung statt Äquivalenzprinzip!

Wenn heute trotzdem keinem so recht nach Feiern zumute ist, liegt das nicht am BSHG. Es ist der Mißbrauch der Sozialhilfe, der sie diskreditiert. Nicht durch einige Sozialbetrüger - die hält das Gesetz aus. Es ist der Mißbrauch im großen Stil durch die Politik der letzten 20 Jahre. Es ist das politische laissez-faire, das mehr oder minder tatenlos zusieht, wie ein gutes Gesetz, das gedacht war für Menschen in besonderen Notlagen, zum schlechten Ausfallbürgen verkommt für das Versagen einer Arbeitslosenversicherung, die nicht vor Armut zu schützen vermag, und eines völlig unzureichenden Familienlastenausgleichs, der denen am meisten gibt, die ohnehin schon am meisten haben, und Kinderreichtum oder den Umstand, alleinerziehend zu sein, zum Armutsrisiko Nummer 1 in Deutschland werden ließ.

Es ist die bedrückende politische Hilflosigkeit angesichts 20 Jahre Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit, die die Menschen in Massen in die Sozialhilfe treibt, und die Sozialämter von Orten individueller Hilfen zu lediglich frustrierenden, umständlichen öffentlichen Kassen mutieren ließ.

Und es ist schließlich die schäbige politische Dreistigkeit, angesichts diesen politischen Versagens mittels Faulenzer- und Mißbrauchsdebatten aus Opfern auch noch Täter machen zu wollen.

Die Sozialhilfe wird sich nicht aus dem eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen können. Was sie braucht - nach 40 Jahren - ist eine durchgreifende Reform für die gelten muß: Wem nichts fehlt außer Geld oder Arbeit, gehört nicht ins Sozialamt.

Ulrich Schneider